

Nadja Wilker

Online- Bürgerbeteiligung und politische Repräsentation

Rollen und Einstellungen
kommunaler Mandatsträger
in der digitalen Demokratie



Springer VS

Online-Bürgerbeteiligung und politische Repräsentation

Nadja Wilker

Online- Bürgerbeteiligung und politische Repräsentation

Rollen und Einstellungen
kommunaler Mandatsträger in der
digitalen Demokratie

Nadja Wilker
Düsseldorf, Deutschland

Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf,
2018

D61

Die Arbeit ist im Rahmen einer Promotionsstelle im NRW-Forschungskolleg „Online-Partizipation“ entstanden, ein Graduiertenkolleg, das vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert wird.

Originaltitel der Dissertation: Online-Bürgerbeteiligung aus Perspektive politischer Repräsentanten – Eine empirische Analyse des Einflusses von Rollenverständnissen von Ratsmitgliedern auf ihre Einstellungen zu neuen Formen der Bürgerbeteiligung

ISBN 978-3-658-28354-4 ISBN 978-3-658-28355-1 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-28355-1>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Für Wim

Danksagung

Das vorliegende Buch ist eine gekürzte und geringfügig überarbeitete Version meiner Dissertationsschrift, die ich im April 2018 an der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf eingereicht habe. Die Arbeit ist im Rahmen einer Promotionsstelle im NRW-Forschungskolleg „Online-Partizipation“ entstanden, die durch das Land Nordrhein-Westfalen finanziert wurde. Während dieser Zeit haben viele Personen zum Fortschritt der Arbeit beigetragen, denen ich an dieser Stelle meinen Dank aussprechen möchte:

Ich danke zuallererst ganz herzlich meinem Betreuer Prof. Dr. Stefan Marschall für seine Unterstützung und das immer konstruktive Feedback während der verschiedenen Phasen meiner Promotionszeit. Mein Dank gilt auch meiner Zweitbetreuerin Prof. Dr. Brigitte Geißel von der Goethe-Universität Frankfurt, insbesondere für ihre Hinweise zur lokalen Partizipationsforschung, sowie den weiteren Mitgliedern meines Betreuungsteams, Prof. Dr. Michael Baurmann und Dr. Oliver Märker.

Besonders bedanke ich mich auch bei allen Interviewpartnern, Pre-Testern und Mandatsträgern, die mir ihre kostbare Zeit für die empirische Erhebung geschenkt und meine Fragen geduldig beantwortet haben.

Ich möchte außerdem allen Mitgliedern des Forschungskollegs „Online-Partizipation“, insbesondere den Koordinatoren, meinen Mitkollegiatinnen und -kollegiaten sowie unseren Praxispartnern ganz herzlich danken. Ich habe den inter- und transdisziplinären Austausch und die verschiedenen fachlichen Perspektiven, die uns durch das Kolleg geboten wurden, immer sehr geschätzt und als sehr fruchtbar für meine Arbeit empfunden.

Mein Dank gilt natürlich auch den Kolleginnen und Kollegen und Hilfskräften des Lehrstuhls „Politik II“ und des Instituts für Sozialwissenschaften, bei denen ich fachlich und moralisch immer Unterstützung fand. Hervorheben möchte ich hier besonders meinen langjährigen Bürokollegen Jonas Israel, der so einige Flüche über diverse PC-Programme ertragen

musste (und meistens Rat wusste), Katharina Gerl, über die ich als Wissenschaftliche Hilfskraft überhaupt zu dem Thema „Online-Partizipation“ gekommen bin, sowie Johannes Krause für seinen geduldigen Rat in methodischen Fragen.

Anna Niewerth und Melissa Schiefer danke ich sehr für ihre überaus kompetente und gründliche Durchsicht des Manuskripts, als ich den Text vor lauter Buchstaben schon nicht mehr lesen konnte. Alle Fehler, die noch übrig geblieben sind, gehen natürlich auf mein Konto.

Abschließend möchte ich meiner Familie dafür danken, dass sie immer daran glauben, dass ich „das schon hinkriegen“ werde und für alles, was sie mir mit auf den Weg gegeben haben. Meinem Partner Tim Lorenz Hübner danke ich für seine Ungeduld, ohne die diese Arbeit vielleicht immer noch nicht fertig wäre, und für seine Unterstützung besonders in den letzten Wochen vor der Abgabe des Manuskripts, in denen er dafür gesorgt hat, dass ich ausreichend schlafen und gesund essen konnte. Last but not least: Danke Wim, dass du so geduldig damit gewartet hast auf die Welt zu kommen und mir noch zwei Wochen Ruhe zwischen Abgabe der Arbeit und deinem „Auftritt“ gelassen hast. Du bist und bleibst wichtiger als jedes Projekt.

Nadja Wilker

Düsseldorf, im August 2019

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
1.1	Problemaufriss und Forschungsfrage	1
1.2	Definition und Einordnung von Online-Bürgerbeteiligung	4
1.3	Relevanz und Verortung der Arbeit im Forschungsfeld.....	11
1.4	Vorgehensweise und Aufbau der Arbeit.....	15
2	(Online-)Bürgerbeteiligung in der repräsentativen Demokratie ...	21
2.1	Demokratische Repräsentation.....	21
2.1.1	Dimensionen demokratischer Repräsentation	22
2.1.2	Repräsentation und Repräsentanten auf der lokalen Ebene	26
2.2	Verortung von Bürgerbeteiligung	34
2.2.1	Normative Perspektiven zur Rolle von Bürgern und ihrer Beteiligung.....	34
2.2.2	Entwicklung und Bedeutung von Bürgerbeteiligung.....	38
2.2.3	Entwicklung und Bedeutung von Online-Bürgerbeteiligung ..	41
2.2.4	Beteiligungsszenarien	44
3	Die Einstellungen von Repräsentanten zu (Online-) Bürgerbeteiligung.....	55
3.1	Die Einstellungen zu Bürgerbeteiligung	56
3.1.1	Theoretische Überlegungen	56
3.1.2	Empirische Befunde	62
3.2	Die Einstellungen von Repräsentanten zu Online- Bürgerbeteiligung	77
3.2.1	Theoretische Überlegungen	78
3.2.2	Empirische Befunde	83

3.3 Erklärungs-faktoren	90
3.3.1 Verfahren-bezogene Faktoren	90
3.3.2 Kontext-bezogene Faktoren	93
3.3.3 Individuelle Faktoren	96
3.4 Zwischen-fazit und Forschungslücken I.....	103
4 Das Rollen-verständnis von Repräsentanten	105
4.1 Theoretische Grundlagen des Rollenansatzes	106
4.1.1 Ursprünge und Grundgedanken des Rollenansatzes.....	106
4.1.2 Der Rollenansatz in der Repräsentationsforschung.....	110
4.2 Rollentypologien und Rollendimensionen	113
4.2.1 Die klassischen Repräsentationstypen: trustees vs. delegates	114
4.2.2 Kritik an der klassischen Rollentypologie	116
4.2.3 Weiterentwicklungen: Heuristische Rollendimensionen	119
4.3 Empirischer Forschungsstand	127
4.3.1 Messung und Verbreitung der heuristischen Rollen- dimensionen	128
4.3.2 Das Rollenverständnis als Erklärungsfaktor im Kontext von Bürgerbeteiligung.....	136
4.4 Zwischen-fazit und Forschungslücken II	144
4.5 Untersuchungsleitendes Konzept des Rollenverständnisses	145
4.5.1 Die Repräsentationsrolle als Teil des Rollenverständnisses...	147
4.5.2 Die Bürgerrolle als Teil des Rollenverständnisses	150
4.6 Zusammenfassung der theoretischen Überlegungen und Herleitung der Hypothesen	153
4.6.1 Konzept zur Messung der Einstellungen.....	153
4.6.2 Hypothesen zur Wirkung des Rollenverständnisses	154

5	Methodisches Vorgehen und Datensatz	161
5.1	Forschungsdesign	161
5.2	Anlage und Durchführung der explorativen Vorstudie	163
5.2.1	Entwicklung des Leitfadens und Auswahl der Interview-partner	164
5.2.2	Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für die Hauptstudie	167
5.3	Anlage und Durchführung der quantitativen Hauptstudie	173
5.3.1	Feldzugang: Möglichkeiten und Grenzen der Online-Befragung	174
5.3.2	Operationalisierung der zentralen Konstrukte	176
5.3.3	Grundgesamtheit und Bildung der Stichprobe	182
5.3.4	Ablauf des Pre-Tests und der Online-Befragung	187
5.3.5	Datenbereinigung und finaler Datensatz	189
5.4	Auswertungsmethoden	195
5.4.1	Auswahl der Strategien zur Daten- und Dimensions-reduktion	195
5.4.2	Auswahl der Analysemethoden zur Überprüfung der Hypothesen	197
6	Ergebnisse	203
6.1	Die Einstellungen der Ratsmitglieder zu Online-Bürgerbeteiligung	203
6.1.1	Kenntnis und allgemeine Einstellungen	204
6.1.2	Einstellungen zu verschiedenen Beteiligungsgegenständen	214
6.1.3	Einstellungen zu verschiedenen Beteiligungsmodi	215
6.1.4	Erwartungen an den Teilnehmerkreis	217
6.1.5	Online- vs. Offline-Szenarien	223
6.1.6	Einfluss kontextbezogener und individueller Merkmale	226
6.1.7	Zusammenfassung	237

6.2 Das Rollenverständnis der Ratsmitglieder	239
6.2.1 Das Verständnis der eigenen Rolle	240
6.2.2 Das Verständnis der Rolle der Bürger	251
6.2.3 Einfluss kontextbezogener und individueller Faktoren	257
6.3 Das Rollenverständnis als Erklärungsfaktor für die Einstellungen zu Online-Bürgerbeteiligung	264
6.3.1 Bivariate Zusammenhänge zwischen Rollendimensionen und Einstellungen.....	264
6.3.2 Überprüfung der Hypothesen für die Einstellungsindizes.....	271
6.3.3 Überprüfung der Hypothesen für die verschiedenen Beteiligungsszenarien	279
6.3.4 Überprüfung der Hypothesen für bestimmte Gruppen von Ratsmitgliedern	284
6.3.5 Zusammenfassung der Hypothesendiskussion.....	290
7 Diskussion, Schlussfolgerungen und Ausblick	295
7.1 Zusammenfassung der Arbeit und der Ergebnisse.....	295
7.2 Methodische und analytische Limitationen	298
7.3 Theoretische Implikationen: Spielen Rollen eine Rolle?.....	302
7.4 Praktische Implikationen: Entstehen ‚digitale Gräben‘? ...	305
7.5 Ausblick	307
Anhang	311
Literaturverzeichnis.....	333

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Dimensionen zur Unterscheidung von Beteiligungs-szenarien.....	53
Tabelle 2: Erklärungsfaktoren für Einstellungen zu (Online-) Bürgerbeteiligung.....	102
Tabelle 3: Heuristische Dimensionen des Rollenverständnisses	126
Tabelle 4: Überblick der Interviewpartner der Vorstudie	166
Tabelle 5: Häufigkeitsverteilung Ratsmitglieder nach Parteizugehörigkeit (Brutto-Stichprobe)	185
Tabelle 6: Häufigkeitsverteilung Gemeindegröße.....	186
Tabelle 7: Rücklaufquote nach Gemeindegröße	191
Tabelle 8: Häufigkeitsverteilung Ratsmitglieder nach Parteizugehörigkeit (Netto-Stichprobe).....	192
Tabelle 9: Häufigkeitsverteilung Bewertung von Chancen und Risiken (Ressourcen)	206
Tabelle 10: Häufigkeitsverteilung Bewertung von Chancen und Risiken (Kommunikation).....	207
Tabelle 11: Häufigkeitsverteilung Bewertung von Chancen und Risiken (Folgen)	208
Tabelle 12: Häufigkeitsverteilung Bewertung der Beteiligungsmodi im Rahmen einer Zukunftsstrategie.....	210
Tabelle 13: Häufigkeitsverteilung der Bewertung der Beteiligungsmodi im Rahmen der Haushaltsplanung.....	211
Tabelle 14: Ergebnisse der Faktoranalysen zu den Einstellungsitems	213
Tabelle 15: Mittelwertvergleich der Einstellungen zu den Beteiligungs-gegenständen	215

Tabelle 16: Mittelwerte der Einstellungen zu den Beteiligungsmodi.....	216
Tabelle 17: Häufigkeitsverteilung Erwartungen zum Teilnehmerbild.....	218
Tabelle 18: Häufigkeitsverteilung Erwartungen zum Teilnehmerwunsch	219
Tabelle 19: V.....ergleich von Teilnehmerbild und Teilnehmerwunsch auf Individualebene	221
Tabelle 20: Korrelationen zwischen Teilnehmerbild und Einstellungsindizes ..	222
Tabelle 21: Paarweiser Mittelwertvergleich der Einstellungsindizes	224
Tabelle 22: Mittelwertvergleich der Einstellungsindizes nach Stadtgröße	227
Tabelle 23: Mittelwertvergleich der Einstellungsindizes nach Status der Fraktion	228
Tabelle 24: Mittelwertvergleich der Einstellungsindizes nach Kenntnis von Online-Bürgerbeteiligung	229
Tabelle 25: Mittelwertvergleich der Einstellungsindizes nach Geschlecht.....	230
Tabelle 26: Mittelwertvergleich der Einstellungsindizes nach Altersgruppen ..	231
Tabelle 27: Mittelwertvergleich der Einstellungsindizes nach Bildungs- abschluss.....	232
Tabelle 28: Mittelwertvergleich der Einstellungsindizes nach Internetnutzung („andere informieren“).....	233
Tabelle 29: Mittelwertvergleich der Einstellungsindizes nach Internetnutzung („mit anderen diskutieren“).....	233
Tabelle 30: Mittelwertvergleich der Einstellungsindizes nach Mandat	234
Tabelle 31: Mittelwertvergleich der Einstellungsindizes nach Funktion	235
Tabelle 32: Mittelwerte der Einstellungsindizes nach Parteizugehörigkeit	236
Tabelle 33: Häufigkeitsverteilung Rollendimension Repräsentationsfokus.....	241
Tabelle 34: Häufigkeitsverteilung Rollendimension Repräsentationsstil	242

Tabelle 35: Häufigkeitsverteilung Rolldimension Responsivitätsverständnis.....	243
Tabelle 36: Häufigkeitsverteilung Rollendimension Repräsentationsrichtung ..	244
Tabelle 37: Häufigkeitsverteilung Rollendimension Aufgabenschwerpunkte ..	245
Tabelle 38: Ergebnisse der konfirmatorischen Faktoranalysen zu den Repräsentationsdimensionen ..	249
Tabelle 39: Mittelwerte der Dimensionen zur Repräsentationsrolle ..	250
Tabelle 40: Häufigkeitsverteilung Rollendimension Demokratieverständnis ..	253
Tabelle 41: Ergebnisse der konfirmatorischen Faktoranalyse zum Demokratieverständnis.....	254
Tabelle 42: Häufigkeitsverteilung Rollendimension Bürgerbild ..	255
Tabelle 43: Mittelwerte der Dimensionen zur Bürgerrolle ..	256
Tabelle 44: Übersicht der bivariaten Zusammenhänge zwischen Kontrollvariablen und Repräsentationsdimensionen ..	262
Tabelle 45: Korrelationsmatrix Rollendimensionen und Einstellungsindizes ..	268
Tabelle 46: Korrelationsmatrix Rollendimensionen und Einstellungen zu Beteiligungsmodi (Haushaltsplanung) ..	269
Tabelle 47: Korrelationsmatrix Rollendimensionen und Einstellungen zu Beteiligungsmodi (Zukunftsstrategie) ..	270
Tabelle 48: Regressionsmodell für den Einstellungsindex Online Beraten ..	274
Tabelle 49: Regressionsmodell für den Einstellungsindex Online Abstimmen ..	276
Tabelle 50: Übersicht der Ergebnisse zu den Hypothesen ..	277
Tabelle 51: Übersicht der relevanten Faktoren für die Einstellungen zu verschiedenen Beteiligungsszenarien ..	280

Tabelle 52: Übersicht der Effekte der Rollendimensionen auf einzelne Beteiligungsszenarien	283
Tabelle 53: Variablen für Moderationsmodelle	285
Tabelle 54: Übersicht der signifikanten Moderationseffekte nach Gruppen	290
Tabelle 55: Zusammenfassung der Ergebnisse nach Hypothesen.....	293
Tabelle 56: Operationalisierung der Chancen und Risiken von Online-Bürgerbeteiligung.....	311
Tabelle 57: Operationalisierung der Erwartungen zum Teilnehmerkreis von Online-Bürgerbeteiligung	312
Tabelle 58: Operationalisierung der Einstellungen zu verschiedenen Beteiligungsszenarien	313
Tabelle 59: Operationalisierung der heuristischen Rollendimensionen	314
Tabelle 60: Operationalisierung der Dimensionen der Repräsentationsrolle	316
Tabelle 61: Operationalisierung der Dimensionen der Bürgerrolle.....	317

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Grundlegende Dimensionen des Rollenbegriffs	109
Abbildung 2: Untersuchungsleitende Dimensionen des Rollenverständnisses....	152
Abbildung 3: Hypothesen.....	159
Abbildung 4: Pfadmodell mit Moderationseffekt.....	199
Abbildung 5: Mittelwertvergleich der Beteiligungsmodi	217
Abbildung 6: Vergleich der Beteiligungsstufen online und offline	225
Abbildung 7: Mittelwertvergleich der Dimensionen zur Repräsentationsrolle....	251
Abbildung 8: Mittelwertvergleich der Dimensionen zur Bürgerrolle	257



1 Einleitung

1.1 Problemaufriss und Forschungsfrage

„Bürgerbeteiligung muss man politisch wollen. Sie braucht daher politischen wie administrativen Rückenwind. Ohne eine bürgerfreundliche Grundeinstellung bei den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung wird Bürgerbeteiligung nur als Pflichtübung wahrgenommen und letztlich das latent vorhandene Misstrauen ‚denen da oben‘ gegenüber eher verstärken.“ (Wolfgang Schuster, Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart von 1997-2013, 2013, S. 342)

Es scheint zunehmend Anliegen politischer Akteure zu sein, formal-repräsentative Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems für mehr Bürgerbeteiligung zu öffnen – vor allem unter Zuhilfenahme der technischen und sozialen Möglichkeiten des Internets.¹ In der öffentlichen Debatte in Deutschland sind Schlagworte wie *E-Democracy*, *Online-Bürgerbeteiligung*, *E-Partizipation* oder *Liquid Democracy* spätestens seit den Erfolgen der Piratenpartei fest verankert (Kneuer 2013). Dem Internet wird ein besonderes Potenzial für die Ver-

¹ Siehe z.B. Koalitionsverträge von CDU/CSU und SPD von 2013 (www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf, S. 105) und 2018 (www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf, S. 46). Siehe des Weiteren den Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestags zur Online-Bürgerbeteiligung an der Parlamentsarbeit (dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/136/1813689.pdf) sowie die Open.NRW-Strategie der nordrhein-westfälischen Landesregierung (www.open.nrw/dokumente-zu-opennrw) (alle Dokumente zuletzt abgerufen am 05.08.2019).

netzung und die asynchrone und wechselseitige Kommunikation und Kollaboration verschiedenster individueller und kollektiver Akteure wie Bürgern und Politikern zugesprochen (Haunss 2018; Jensen 2003; Rose und Sæbø 2010).² Doch wie bürger- und beteiligungsfreundlich ist die Grundeinstellung von politischen Entscheidungsträgern? Wie aufgeschlossen sind sie gegenüber neuen Beteiligungsformen angesichts ihrer eigenen Rolle in der repräsentativen Demokratie? Diese Arbeit soll darauf Antworten geben.

Besonders zahlreich sind die Beispiele für Online-Bürgerbeteiligung³ in Deutschland und in anderen Ländern auf kommunaler Ebene (Hendriks et al. 2011; Firmstone und Coleman 2015; Karlsson 2013c; Kubicek et al. 2011). Vor allem im Bereich der Haushalts- und Stadtplanung finden sich mittlerweile einige internetgestützte Beteiligungsformate wie sogenannte Bürgerhaushalte oder Diskussionsplattformen zur Sammlung von Ideen und Vorschlägen zur Politikgestaltung.⁴ Die Kommunikations- und Kollaborationsmöglichkeiten des Internets werden dabei oftmals als Mittel gesehen, die Beziehung zwischen Bürgern und ihren Repräsentanten zu verbessern. So wird angenommen, dass sie auf Seiten der Politik Transparenz und Responsivität sowie auf Seiten der Bürger Mitwirkung und Akzeptanz fördern würden (Coleman 2005; Fung 2006; Karlsson 2012a).

Dieses Potenzial ist theoretisch gegeben, die Realität bleibt aber häufig aus unterschiedlichsten Gründen hinter den Erwartungen von Bürgerschaft,

² Die Autorin ist sich der Wichtigkeit gendersensibler Sprache bewusst. Aus Gründen der Lesbarkeit wird in dieser Arbeit dennoch die maskuline Form gewählt. Wenn nicht explizit auf ein bestimmtes Geschlecht verwiesen wird, sind damit immer alle Geschlechter gemeint.

³ Im Folgenden werden die Begriffe „Online-Bürgerbeteiligung“, „internetgestützte Bürgerbeteiligung“ und „digitale Beteiligung“ synonym verwendet. Die Abgrenzung zu „(E-)Partizipation“ bzw. „Online-Partizipation“ wird in Kapitel 1.3 vorgenommen.

⁴ Siehe u.a. Projekte unter participedia.net, www.buergerhaushalt.org und www.monitor-online-partizipation.de (alle Websites zuletzt abgerufen am 05.08.2019).

Politik und Verwaltung zurück. So beteiligt sich einerseits häufig nur eine kleine Anzahl an Bürgern, andererseits scheinen sich auch die Repräsentanten wenig für die Verfahren zu interessieren. Coleman und Gotze stellen fest, dass Repräsentanten bei den meisten Beteiligungsverfahren „conspicuous by their absence“ sind (Coleman und Gotze 2001, S. 19). Auch wenn dieser Befund vergleichsweise alt ist, scheint sich daran nicht viel geändert zu haben. Zudem ist die Verarbeitung der Beteiligungsergebnisse durch Politik und Verwaltung oftmals nicht nachvollziehbar (Geißel et al. 2015b; Kubicek et al. 2011; Leif 2011; Rose und Sæbø 2010; Zepic et al. 2017). Insbesondere die Erwartungen und Einstellungen politischer Akteure hinsichtlich des Einsatzes von neuen Formen der Bürgerbeteiligung sind dabei noch wenig erforscht (Barrance 2015; Zobel und Weiß 2018). An dieser Stelle setzt das Dissertationsprojekt an und wirft den Blick auf die Perspektive gewählter politischer Repräsentanten als zentrale Entscheidungsträger: die gewählten Abgeordneten bzw. auf kommunaler Ebene die Mitglieder der jeweiligen Stadt- bzw. Gemeinderäte.⁵

Mehr Beteiligungsmöglichkeiten zielen auch immer auf eine „Neugestaltung des Kräftedreiecks zwischen Bürgern, Kommunalvertretungen und Verwaltung“ (Bogumil et al. 2003, S. 7). Durch internetgestützte Bürgerbeteiligungsverfahren können sich die Handlungsspielräume der Repräsentanten und ihre Beziehung zu den Bürgern verändern, weil gegenseitige Erwartungen, Aufgabenzuteilungen und Machtverhältnisse durch erweiterte Mitsprachemöglichkeiten der Bürger neu justiert werden müssen (Firmstone und Coleman 2015; Michels und Graaf 2010). Es steht daher zu vermuten, dass die Akzeptanz internetgestützter Bürgerbeteiligung

⁵ Im Folgenden wird vor allem der allgemeinere Begriff ‚Repräsentanten‘ genutzt, mit dem hier sowohl demokratisch gewählte Abgeordnete von regionalen und nationalen Parlamenten als auch demokratisch gewählte Mitglieder kommunaler Vertretungsorgane gemeint sind.

durch politische Repräsentanten damit zusammenhängt, welche Vorstellungen sie von ihrer eigenen Rolle und der der Bürger im politischen Entscheidungsprozess haben. Als theoretischen Rahmen zur Erklärung der Einstellungen von Repräsentanten zu neuen Formen der Bürgerbeteiligung greift die Arbeit daher auf den Rollenansatz der Repräsentationstheorie zurück. In der Arbeit wird vor diesem Hintergrund folgender Forschungsfrage nachgegangen:

Welche Einstellungen haben Repräsentanten gegenüber Online-Bürgerbeteiligung und inwiefern kann ihr Rollenverständnis diese Einstellungen erklären?

Ziel der Arbeit ist es folglich, die Bedeutung des Rollenverständnisses als einen zentralen Erklärungsfaktor für die Einstellungen tiefgehend zu analysieren. Es kann und soll dagegen nicht darum gehen, ein möglichst umfassendes Erklärungsmodell für die Einstellungen zu Online-Bürgerbeteiligung zu finden, wenngleich natürlich neben dem Rollenverständnis weitere mögliche Faktoren als intervenierende und kontrollierende Variablen mitbetrachtet werden müssen.

1.2 Definition und Einordnung von Online-Bürgerbeteiligung

Bevor auf die Relevanz und Verortung der Forschungsfrage eingegangen wird, ist es notwendig, *Online-Bürgerbeteiligung* als zentralen Gegenstand, auf den sich die zu untersuchenden Einstellungen der Repräsentanten beziehen sollen, näher einzugrenzen. Das Feld politischer Beteiligung ist weit und es mangelt in der Forschung an stringenten Begriffsverständnissen und einheitlichen Operationalisierungen für *Partizipation*, *Bürgerbeteiligung* und *Online-Bürgerbeteiligung*. Diese zweifelsohne eng miteinander verknüpften Konzepte werden sowohl in der Praxis als auch in der Forschungsliteratur häufig synonym verwendet, obwohl sie unterschiedliche Phänomene implizieren (siehe Kritik bei Tischer 2017, S. 17). Es lässt

sich ein „fluid use“ ausmachen, was den Vergleich von Forschungsergebnissen und die Evaluation von Maßnahmen und Verfahren erschwert (Coleman und Firmstone 2014, S.828). Im Folgenden wird daher eine Abgrenzung und Einordnung dieser Begriffe vorgenommen.

a) *Politische Partizipation*⁶

Eine zum Klassiker avancierte, allerdings gleichzeitig auch eher vage Definition politischer Partizipation liefern Verba, Nie und Kim in ihrer Studie „Participation and Political Equality“ aus dem Jahr 1978:

„By political participation we refer to those legal acts by private citizens that are more or less directly aimed at influencing the selection of governmental personnel and/or actions that they take.“ (Verba/Nie/Kim 1978, S.1)

Zu diesen Aktivitäten zählen neben den Wahlen als zentraler demokratischer Partizipationsform in modernen repräsentativen Demokratien u.a. auch das Engagement in Parteien, Interessengruppen oder Neuen Sozialen Bewegungen, die Teilnahme an Demonstrationen oder der direkte Kontakt zu politischen Akteuren (Niedermayer 2005, 250f.). Diese verschiedenen Partizipationsformen wurden lange anhand der Dimension „konventionell“ (z.B. Wahlen oder das Engagement in Parteien) vs. „unkonventionell“ (z.B. Demonstrationen, Proteste) unterschieden (siehe Barnes und Kaase 1979). Mittlerweile erscheint diese Einteilung überholt, haben sich in den letzten Jahrzehnten doch zahlreiche weitere Formen politischer Partizipation etabliert bzw. werden in der Forschung als solche analysiert, die andere Einteilungen und Dimensionen zielführender erscheinen lassen (Theocharis und van Deth 2018). Zurecht warnen Theocharis und van Deth allerdings vor einem „Concept of Everything“ (ebd., S. 51), bei dem am Ende nahezu jede Handlung von Bürgern als politische Partizipation eingeordnet

⁶ Im Folgenden ist auch mit dem Begriff „Partizipation“ immer „politische Partizipation“ gemeint.

werden könne. So ist es aus verschiedenen Forschungs- und Fachperspektiven etwa umstritten, inwiefern man bei der reinen Aufnahme politischer Informationen, z.B. beim Verfolgen politischer Nachrichten schon von politischer Partizipation sprechen kann oder nicht (ablehnend u.a. Verba et al. 1995, befürwortend dagegen u.a. Tischer 2017).

Anknüpfend an diese Kritik liefern van Deth und Theocharis (2018) eine auch für neuartige und internetgestützte Beteiligungsformen sinnvoll anwendbare Definition, der in dieser Arbeit gefolgt wird. Sie formulieren folgende Kriterien, die aus ihrer Sicht ein Phänomen als „politische Partizipation“ qualifizieren: Zunächst muss es sich a) um eine *freiwillige Handlung oder Aktivität* von b) Bürgern⁷ im Sinne von *nicht-professionellen Akteuren* im Gegensatz zu professionellen, bezahlten Akteuren wie Politikern, Lobbyisten oder Verwaltungsmitarbeitern handeln, die c) *im politischen/staatlichen Entscheidungsraum* angesiedelt ist. Diese Minimaldefinition erweitern sie um Kriterien, die alternativ zu der letztgenannten Bedingung das *Ziel* und den *Kontext* einer Handlung berücksichtigen. Damit sind dann auch Aktivitäten eingeschlossen, die nicht – wie etwa Wahlen oder Petitionen – *innerhalb* der institutionalisierten „sphere of government/state/politics“ stattfinden, sich aber an diese richten, wie etwa eine Internetkampagne. Ebenso können Aktivitäten, die auf „shared“ oder „community problems“ abzielen, als politische Partizipation betrachtet werden (Theocharis und van Deth 2018, S. 65-75). Damit ist diese Definition weiter gefasst als die diejenige von Verba et al., die nur institutionalisierte „legal acts“ umfasst, erlaubt aber dennoch eine relativ eindeutige Abgrenzung zu anderen Aktivitäten.

⁷ Im Folgenden sind mit dem Begriff ‚Bürger‘ alle Personen gemeint, die potenziell an einem Beteiligungsverfahren teilnehmen dürfen/können, unabhängig davon, ob sie wahlberechtigt sind bzw. einen Einwohner- oder Staatsbürgerstatus haben. Für eine ausführliche Diskussion der (völker)rechtlichen Dimensionen des Begriffs siehe etwa Buchstein 1996 und Thaa 2013.

b) Bürgerbeteiligung

Während es zum Begriff der politischen *Partizipation* eine ausgeprägte wissenschaftlich-theoretische Debatte gibt, ist der Begriff *Bürgerbeteiligung* wesentlich öfter in eher praxisorientierter Literatur, in Leitfäden und Handbüchern Verwendung zu finden (s. z.B. Diemel et al. 2014; Hartwig 2014; Klages und Vetter 2013; Ley und Weitz 2012; Lietzmann et al. 2013; Mauch 2014; Vergne 2017). In dem Schnittbereich zwischen Wissenschaft und Praxis finden sich zahlreiche Beiträge, Studien und Handlungsempfehlungen unter dem Schlagwort *Bürgerbeteiligung* – oftmals jedoch ohne eine nähere, eindeutige Begriffsbestimmung vorzunehmen (ebd.). Häufig wird Bürgerbeteiligung synonym zu *Partizipation*, *Teilhabe* oder *Engagement* eingesetzt (siehe z.B. Tischer 2017). Beispielsweise ist laut der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg mit Bürgerbeteiligung „[...] die freiwillige und unentgeltliche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen“⁸ gemeint – was das Gleiche wäre wie die bereits diskutierte Definition von politischer Partizipation. Denn freiwillig und unentgeltlich aus Sicht der Bürger ist zum Beispiel auch die Teilnahme an Wahlen; die genannten Merkmale scheinen daher zu allgemein. Das Fehlen einer äquivalenten englischen Begriffes zeugt ebenfalls von einer gewissen Unschärfe; geläufig sind in der Literatur sowohl *citizen participation*, *public participation*, *citizen involvement* als auch *public involvement* (z.B. Beiträge in Amnå 2010; Fung 2015). Die begriffliche Unklarheit mag neben dem ausgeprägten Praxisbezug auch darin begründet liegen, dass informelle Bürgerbeteiligung außerhalb von Wahlen sowohl in Deutschland als auch den meisten anderen westlichen Demokratien vor allem auf der lokalen Ebene stattfindet. Diese stellte außerhalb der Kommunal- und Verwaltungswis-

⁸ Siehe unter www.buergerbeteiligung.lpb-bw.de/begriff.html (zuletzt abgerufen am 05.08.2019).

senschaften lange einen ‚blinden Fleck‘ in der klassischen Politikwissenschaft dar bzw. blickt auf eine wesentliche jüngere Geschichte zurück als der Bereich politischer Partizipation (Gabriel 2000).

Bei der Entscheidung für die Verwendung des einen (Partizipation) oder des anderen Begriffes (Bürgerbeteiligung) ist die Unterscheidung Wissenschaft/Praxis jedoch nicht zielführend. Relevant erscheint vielmehr die damit eingenommene Perspektive, die unterschieden werden muss: *Bürgerbeteiligung* ist ein Konzept aus Sicht von Politik und Verwaltung, etwas, das über die rechtlich vorgesehenen Partizipationsmöglichkeiten der Bürger hinaus eingerichtet bzw. ermöglicht wird. Wann, wie und warum können oder sollten Bürger freiwillig durch Politik und Verwaltung am politisch-administrativen Entscheidungsprozess beteiligt werden? Die Freiwilligkeit bezieht sich hier nicht auf die Aktivität der Bürger, sondern auf die Initiative bzw. Ermöglichung der Aktivität durch Politik oder Verwaltung, die freiwillig, d.h. nicht gesetzlich vorgeschrieben ist.

In dieser Arbeit wird *Bürgerbeteiligung* daher in einem engeren Sinne verwendet als *politische Partizipation*. Die hier verwendete Arbeitsdefinition kann wie folgt zusammengefasst werden:

Als Bürgerbeteiligung gelten alle Maßnahmen und Aktivitäten, bei denen die politische Partizipation von Bürgern abseits von Wahlen und außerhalb von politischen Organisationen wie Parteien top-down von der Exekutive oder Legislative zugelassen wird. Damit sind Verfahren und Angebote eingeschlossen, bei denen Bürgern eine unverbindliche Partizipation an Sachentscheidungen ermöglicht wird, durch die sie direkt oder indirekt auf die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung Einfluss nehmen können.

Im Gegensatz zu manch anderem Gebrauch in der Praxis ist mit Bürgerbeteiligung explizit *nicht* die Teilhabe an bestimmten Leistungen und Struk-

turen und auch nicht die Beteiligung an der Umsetzung von Entscheidungen gemeint, die besser und eindeutiger als *bürgerschaftliches Engagement* bezeichnet werden sollte (Kersting 2008b; Tischer 2017).

c) *Online-Bürgerbeteiligung*

Wenn Bürgerbeteiligung die Ermöglichung von politischer Partizipation ist, gilt dies auch für internetgestützte Prozesse. Bis heute ist es in den verschiedenen Forschungsdisziplinen, die sich mit Online-Bürgerbeteiligung und Online-Partizipation befassen – neben der Politik- vor allem die die Kommunikationswissenschaft, aber auch die Soziologie und in Teilen die Informatik – umstritten, ob Online-Partizipation an sich eine eigene, neue Kategorie der Beteiligung darstellt (siehe z.B. Smith 2005), es genuine Formen von Online-Beteiligung gibt, oder ob sich im Internet lediglich bereits existierende Formen der Beteiligung spiegeln (Gibson und Cantijoch 2013).

Festzuhalten ist, dass sich bestimmte Formen der Beteiligung und Kooperation durch die technischen Möglichkeiten des Internets zeitlich und räumlich verändert haben. Allein die Anzahl an Bürgern, die sich innerhalb kürzester Zeit und mit geringen finanziellen Ressourcen online vernetzen, miteinander kommunizieren und organisieren können, ist zumindest theoretisch viel höher, als es offline möglich wäre (Haunss 2018; Price 2010). Dennoch wird hier davon ausgegangen, dass Online-Partizipation keine genuine Partizipationsform darstellt, sondern vielmehr als ein Oberbegriff zu verstehen ist, der verschiedene Formen der Partizipation (etwa Wählen, Abstimmen, Diskutieren, Protestieren) umfasst, die online von Bürgern ausgeübt werden. Die oben dargestellte Abgrenzung politischer Partizipation von anderen Handlungen von van Deth und Theocharis (2017) erscheint daher auch hier zielführend, da sie aus inhaltlichen Kriterien besteht, und nicht der Frage, wo bzw. über welches Medium partizipiert wird. Ihre „rules“ können somit auch auf Online-Handlungen von Bürgern im

Rahmen von Bürgerbeteiligungsverfahren übertragen werden, um festzustellen, ob diese zum Bereich politischer Partizipation zählen oder nicht. Es geht folglich vielmehr darum, inwiefern eine freiwillige, nicht-professionelle Aktivität eines Bürgers in einem politischen Kontext stattfindet und/oder auf politische Akteure, die Regierung, den Staat, eine Gemeinschaft oder ein Kollektivproblem abzielt.

Unter *Online-Bürgerbeteiligung* (synonym: *internetgestützte Bürgerbeteiligung*) soll aufbauend auf diesem Verständnis eine Unterform von Bürgerbeteiligung verstanden werden, bei der die Partizipation der Bürger in Teilen oder komplett über das Internet ermöglicht wird (siehe auch Kubicek et al. 2011; Märker und Wehner 2014). Dabei wird die entsprechende Aktivität der Bürger als *Online-Partizipation* oder *E-Partizipation* bezeichnet (siehe auch Hoffman 2012; Medaglia 2012). Die Definition von Online-Bürgerbeteiligung, die in dieser Arbeit zugrunde gelegt wird, lautet somit folgendermaßen:

Online-Bürgerbeteiligung umfasst alle öffentlichen oder teil-öffentlichen, von der Verwaltung oder der Politik top-down initiierten Verfahren und Angebote, die die politische Partizipation von Bürgern außerhalb von Wahlen und anderen verfassten Formen der Bürgerbeteiligung über das Internet, also Online-Partizipation, ermöglichen.

Die Beteiligung der Bürger im Rahmen dieser Verfahren muss explizit oder implizit die Einflussnahme auf den politischen Entscheidungsprozess zum Ziel haben und Themen betreffen, die (auch) dem Bereich der Politikgestaltung zuzuordnen sind. Nur so können sie überhaupt Relevanz für die Handlungsspielräume von Repräsentanten entwickeln. Dazu zählen auch Verfahren und Angebote zur Meinungs- und Willensbildung im Vorfeld von Entscheidungsprozessen. Die Verfahren und Angebote müssen den Bürgern die Möglichkeit bieten, sich aktiv einzubringen, z.B. indem sie abstimmen, kommentieren, Vorschläge erstellen, Ideen oder Forderungen formulieren oder eigene Stellungnahmen abgeben können. Es soll also

nicht um Bürgerbeteiligung gehen, die darauf abzielt, dass Bürger die Entscheidungen *selbst treffen*, sondern darauf, dass sie Entscheidungen *beeinflussen* (siehe Unterscheidung bei Esaiasson 2010).

Folgt man nun dieser Logik, gibt es eben weder *die* eine Form der Bürgerbeteiligung noch *die* eine Form der Online-Bürgerbeteiligung, sondern eine Bandbreite an unterschiedlichen Verfahren, die ganz unterschiedliche Formen und Kombinationen der Partizipation über das Internet erfordern bzw. ermöglichen.

1.3 Relevanz und Verortung der Arbeit im Forschungsfeld

Die Kenntnis und das Verständnis der Einstellungen gewählter Repräsentanten zu Online-Bürgerbeteiligung sind deshalb relevant, weil Bürgerbeteiligung im Kontext repräsentativer Demokratie stattfindet und beurteilt werden muss. Mehr Beteiligungsoptionen an sich reichen nicht aus, um eine tatsächliche Mitsprache der Bürger zu gewährleisten (Bherer et al. 2016b; Gabriel 1988). So ergeben sich allein aus rechtlicher Perspektive (bisher) Beschränkungen. Direktdemokratische Beteiligungsverfahren an Sachentscheidungen, bei denen die Letztentscheidungskompetenz an die Bürger übertragen wird, sind in Deutschland nur in Form des Volksentscheids auf Landesebene bzw. des Bürgerentscheids auf kommunaler Ebene vorgesehen. Sie unterliegen außerdem sehr spezifischen Bedingungen und hohen Hürden (Kost 2013). Daneben gibt es zwar insbesondere auf kommunaler Ebene gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsverfahren, die von Politik und Verwaltung unter bestimmten Bedingungen durchgeführt werden müssen. Deren Ergebnisse sind allerdings nicht unmittelbar rechtsverbindlich, denn die Letztentscheidungskompetenz verbleibt bei den gewählten Entscheidungsträgern (Wesselmann 2002).

Im Fokus dieser Arbeit steht die rein konsultative, d.h. unverbindliche und freiwillig durchgeführte Bürgerbeteiligung. Sie ist sogar in zweierlei Hinsicht freiwillig: Sowohl ihr Einsatz an sich als auch ihre Ergebnisse sind rechtlich nicht vorgeschrieben bzw. verbindlich. Dies gilt insbesondere für *Onlineverfahren*, denn in Deutschland ist es bislang unzulässig, verbindliche Verfahren über das Internet durchzuführen (Zimmermann 2010). Online-Bürgerbeteiligung stellt in ihrer derzeitigen empirisch beobachtbaren Form damit eben keinen Ersatz repräsentativer Entscheidungsstrukturen dar, sondern vielmehr eine Ergänzung bzw. ein Mittel, die Interessen der Bürger an die gewählten Repräsentanten heranzutragen (u.a. Michels 2011; Geißel et al. 2014b). Die Praxis zeigt allerdings, dass in den meisten Fällen weder im Vorfeld von Beteiligungsprozessen eine systematische Integration in den eigentlichen politischen Entscheidungsprozess und die repräsentativen Strukturen bedacht wird, noch eine solche im Nachhinein erfolgt – ein Grund, warum viele Verfahren faktisch wirkungslos bleiben und bei den Bürgern den Eindruck einer reinen ‚Scheinbeteiligung‘ erwecken (Lüders et al. 2014; Merkel 2015b; Neunecker 2016; Rose und Sæbø 2010).

Wenn es darum geht, wie freiwillige Bürgerbeteiligung in den politischen Entscheidungsprozess wirkungsvoll und nachhaltig integriert werden kann, stellen die repräsentativen Entscheidungsträger entscheidende Akteure dar. Bei einem Großteil der Bürgerbeteiligungsverfahren liegt es in ihrer Hand, ob, wann und in welchem Umfang sie eine Beteiligung der Bürger zulassen und wie sie mit den Ergebnissen aus solchen Verfahren umgehen – sie fungieren als „middlemen“ (Mahrer und Krimmer 2005) bzw. „gatekeepers“ (Karlsson 2012b; Holtkamp und Friedhoff 2014).

Des Weiteren ist davon auszugehen, dass die formell-rechtlichen und informellen Rahmenbedingungen, unter denen sich neue Formen der Bürgerbeteiligung in Zukunft entwickeln werden, entscheidend von den Einstellungen politischer Repräsentanten geprägt werden, „as they have the power to convert their attitudes into laws, plans, strategies, etc., which may

have great impact on society“ (Hoff 2004b, S. 57). Es kann also grundsätzlich angenommen werden, dass positive Einstellungen der Repräsentanten einen Erfolgsfaktor für die zukünftige Nutzung und Relevanz von Online-Bürgerbeteiligung darstellen, insbesondere, was die Umsetzung und Wirkung dieser Beteiligungsverfahren betrifft (Kubicek 2016, S. 287). Hoff argumentiert hier wie folgt:

„[A]ttitudes or expectations often become self-fulfilling prophecies: If a sufficient amount of people believe that something will develop in a certain way, and act accordingly, then the development or event will eventually take place.“ (Hoff 2004, S. 56)

Die Argumentation könnte freilich auch umgekehrt lauten,

„dass ein bürgerorientiertes lokales Institutionengefüge, welches den Bürgern breite formelle und informelle Mitwirkungsmöglichkeiten einräumt, auch zu positiven Einstellungen der Politiker gegenüber partizipativer Demokratie führt.“ (Neunecker 2016, S. 23)

Hinter dieser Sichtweise steht die Annahme, dass sich Institutionen auf die Einstellungen von Akteuren auswirken und ihren Handlungsspielraum formen. Akteurzentrierte neo-institutionalistische Ansätze gehen dagegen von einer Wechselwirkung zwischen Institutionen, Einstellungen und Handlungen von Akteuren aus: Einerseits würden Akteure durch institutionelle Rahmenbedingungen, die „einen – stimulierenden, ermöglichenden oder auch restringierenden – Handlungskontext [bilden]“ geprägt (Mayntz und Scharpf 1995, S. 43). Andererseits entstünden Institutionen nicht im ‚luftleeren Raum‘, sondern würden umgekehrt auch durch die handelnden Akteure beeinflusst und verändert. Sie hätten innerhalb eines institutionellen Rahmens immer noch einen gewissen Interpretations- und Handlungsspielraum, den sie nutzten, um ihre Wertevorstellungen, Ziele und Strategien umzusetzen, so die Grundannahme (ebd.). Ziel der vorliegenden Arbeit ist nicht, diese Wechselwirkungen zu ergründen. Vielmehr wird ange-

nommen, *dass* die Einstellungen von Repräsentanten sich auf den zukünftigen Einsatz, die Effekte und die Entwicklung des institutionellen Rahmens von (Online-)Bürgerbeteiligung auswirken. Daher gilt es zu klären, *wie* diese Einstellungen aussehen und inwieweit sie sich über das Rollenverständnis der Repräsentanten erklären lassen. Nur mit diesen Erkenntnissen lässt sich abschätzen, inwiefern politische Repräsentanten überhaupt bereit sind, Online-Beteiligungsverfahren und ihre Ergebnisse im repräsentativen System und in formelle Entscheidungsstrukturen zu integrieren und welches Potenzial eine langfristige Etablierung internetgestützter Bürgerbeteiligung im politischen Prozess hat.

Mit diesen Erkenntnisgewinnen möchte die Dissertation einen theoretischen Beitrag zur immerwährenden Debatte um die Bedeutung und Ausgestaltung politischer Repräsentation in demokratischen Gesellschaften leisten. Die Analyse der Rollenwahrnehmungen von Repräsentanten als politische Eliten in einer sich wandelnden Demokratie ist in der Politikwissenschaft aktueller denn je (Blomgren und Rozenberg 2012e; Deschouwer und Depauw 2014a). Hier knüpft die Arbeit an den Forschungsstand zur Bedeutung und Operationalisierung von Rollenverständnissen an und macht einen Vorschlag für eine differenzierte Messung und Einordnung.

Zudem schließt die Arbeit an aktuelle Forschungsfelder zu den gesellschaftspolitischen Auswirkungen der Digitalisierung an (Carayannis et al. 2017; Heuermann et al. 2018; Vogel et al. 2018; Schoßböck 2017). Die Debatten in der Politikwissenschaft etwa beschäftigen sich mit Evaluationskriterien und Erfolgsfaktoren digitaler Beteiligungsformate als demokratische Innovationen und ihrem Demokratisierungspotenzial (Kubicek et al. 2011; Merkel 2015b; Smith 2009c). Dabei hängen Potenzial und Erfolg neuer Formen der Beteiligung nicht nur von den Einstellungen und der Offenheit der Bürger, sondern wie dargestellt in entscheidendem Maße auch von den politischen Entscheidungsträgern ab. Die Arbeit leistet einen Beitrag zu dieser Diskussion, indem sie die Einstellungen von Repräsentanten